Nachrichten aus der Forschung

Dominik Gerd Sieber

»Den Krieg denken: Kriegswahrnehmung und Kriegsdeutung in Mitteleuropa in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts«

Workshop an der Eberhard Karls Universität Tübingen, 18. bis 20. September 2014

DOI 10.1515/mgzs-2015-0007

Der interdisziplinäre Workshop bot einem Forum internationaler Doktoranden die Gelegenheit, ihre Dissertationsprojekte vorzustellen und zu diskutieren. Der fruchtbare wissenschaftliche Austausch fokussierte dabei speziell auf den sogenannten Langen Türkenkrieg (1593-1606) und den Dreißigjährigen Krieg (1618–1648). Im Zentrum der in vier Sektionen gegliederten Tagung standen Probleme der Kriegswahrnehmung und Kriegsdeutung. So kreisten die leitenden Fragestellungen um die individuelle und kollektive Kriegswahrnehmung in unterschiedlichen sozialen, kulturellen, konfessionellen und territorialen Entitäten. Mit diesem Ansatz konnte der Workshop an den von 1999 bis 2008 an der Universität Tübingen angesiedelten Sonderforschungsbereich 437 »Kriegserfahrungen. Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit« anknüpfen. Darüber hinaus stellte sich die Frage nach dem Stellenwert dieser kriegerischen Phase für eine jüngst immer mehr in europäischen Dimensionen denkende moderne Historiografie. Des Weiteren wurden auch die Möglichkeiten und Chancen diskutiert, welche die neuen Medien für die Erforschung der Militärgeschichte des 17. Jahrhunderts bereithalten.

Die erste Sektion beschäftigte sich mit der Kriegswahrnehmung im Heer. Insbesondere die Bewertungen und Interpretationen des kriegerischen Geschehens durch die verschiedenen Kombattanten, die in unterschiedliche funktionale und soziale Gruppen eingebettet waren, wurden dabei thematisiert. Eröffnet wurde das erste Panel durch *Steffen Leins* (Tübingen), der den letzten Oberbefehlshaber der kaiserlichen Truppen im Dreißigjährigen Krieg, Peter Melander von Holzappel, in den Mittelpunkt seines Vortrages stellte. Leins zeichnete den Weg des Aufsteigers aus dem bäuerlichen Milieu zum kaiserlichen Generalissi-

Kontakt: Dominik Gerd Sieber, Kreisarchiv Sigmaringen, E-Mail: Dominik.Sieber@LRASIG.de

mus nach, der sich Holzappel aufgrund seiner vielgestaltigen, durch die oranische Heeresreform geprägten Kriegsdienste in den Niederlanden, Venedig, Basel und Hessen-Kassel eröffnete. Für Holzappel stellte der Krieg nicht nur eine Lebensform, sondern vor allem ein lukratives Geschäft dar, das ihm als Söldnerunternehmer, der vor allem auf defensive Kriegführung und Passivität setzte, zu beträchtlichen Reichtümern verhalf. Nach dem gescheiterten Prager Frieden von 1635 entwickelte er eigene politische Ideen, die, begleitet von einem reichspatriotisch konnotierten Duktus, auf eine überkonfessionelle dritte Partei der bewaffneten Neutralität abzielten, deren Basis Nordwestdeutschland darstellen sollte. Mangels Alternativen avancierte der stets seinem reformiert-protestantischen Bekenntnis treu bleibende Holzappel schließlich im Jahre 1647 zum kaiserlichen Oberbefehlshaber im Reich. Wohl unter dem Eindruck einer Kriegsverletzung erlebte er eine bellizistische Radikalisierung, die sich gegen die westfälischen Friedensverhandlungen wandte und das Reich unter der Führung des Kaisers gleichsam pränational geeinigt wissen wollte, um konzentriert gegen die auswärtigen Protagonisten Frankreich und Schweden vorgehen zu können.

Oleg Rusakovskiy (Tübingen) beleuchtete am Beispiel der württembergischen Ämter Bietigheim und Besigheim die Reintegration ehemaliger Soldaten in die Zivilgesellschaft nach dem Westfälischen Frieden (1648-1650). Um die Bevölkerungsverluste des Krieges ausgleichen zu können, lag die Ansiedlung ehemaliger Militärangehöriger auf der Hand. Dabei zeigte sich für den untersuchten Raum, dass zwischen der militärisch geprägten Lagergesellschaft auf der einen Seite und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite kein grundsätzlicher Antagonismus existierte, was die Rückkehr ins zivile Leben erleichterte. Die vollständig erhaltenen Gerichtsprotokolle der beiden Amtsstädte überliefern jedenfalls für die Zeit von 1648 bis 1650 keinerlei Delinquenten, die vormals Militärs gewesen waren. Um allerdings dauerhaft in den württembergischen Städten sesshaft werden zu können, war der Erwerb des Bürger- oder Einwohnerrechtes notwendig, wofür der Nachweis der nicht leibeigenen Herkunft, der ehelichen Geburt und eines bestimmten Vermögens erbracht werden musste, mit dem das anfallende Bürgergeld zu bestreiten war. Außerdem mussten die potenziellen Neubürger evangelischer Konfession sein. Diese Voraussetzungen wurden von den städtischen Obrigkeiten kontrolliert und bedurften in jedem konkreten Fall einer Bestätigung durch die zentrale herzogliche Verwaltung in Stuttgart. Verhältnismäßig bessere Chancen hatten dabei ehemalige Offiziere oder Soldaten, die bereits mit einer Bürgerstochter oder -witwe aus der jeweiligen Stadt verheiratet waren.

Anschließend ging Zoltán Borbély (Eger, Ungarn) der Frage nach, ob die Bewegung um István Bocskai im Ungarn der Jahre 1604 bis 1606 einen »Aufstand« oder aber einen »Freiheitskampf« darstellte. Der Calvinist Bocskai wandte sich als Fürst von Siebenbürgen mit osmanischer Rückendeckung gegen die ge-

genreformatorischen und zentralisierenden Bestrebungen der Habsburger, die damit die ständische Verfassung Ungarns verletzten, und fand vor allem in Oberungarn und Siebenbürgen breiten Anklang. Nachdem die Historiografie des 19. Jahrhunderts die Bocskai-Bewegung als Freiheitskampf begriff und sie dabei primär als Kampf um die Religionsfreiheit verstand, wurde derselbe Terminus im 20. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg verwendet, um das Ringen um die ständische Verfassung Ungarns zu betonen. Die sozialistische Lesart deutete diesen Konflikt als Unabhängigkeitskrieg gegen das Haus Habsburg. Gegenwärtig wird die Bocskai-Bewegung als ständisch-konfessionell motivierter Aufstand betrachtet, der auf die Wahrung adeliger und religiöser Freiheiten abzielte und damit – mit den Habsburgern als Trägern der ungarischen Stephanskrone – letztlich auch erfolgreich war.

Im öffentlichen Abendvortrag stellte Maik Reichel (Magdeburg), Leiter der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, einen zentralen Erinnerungsort des Dreißigjährigen Krieges vor, nämlich das Schlachtfeld von Lützen, auf dem am 6. November 1632 der schwedische König Gustav II. Adolf gefallen war. Da bereits die Zeitgenossen des Dreißigjährigen Krieges den »Löwen aus Mitternacht« zum Retter der protestantischen Sache im Reich stilisierten, verwundert es nicht, dass der Ort seines Todes mit einem Gedenkstein versehen wurde. Nachdem hier 1832 am Jahrestag von Schlacht und Tod die erste Gedenkveranstaltung gefeiert worden war, die sich in der Folgezeit bis in die Gegenwart hinein institutionalisieren sollte, wurde das schlichte Steindenkmal 1837 mit einem von Karl Friedrich von Schinkel entworfenen gusseisernen Baldachin überwölbt. Im Jahre 1906/07 wurde dieses Denkmal durch eine Kapelle und in den Jahren 1932 und 1982 durch zwei schwedische Holzhäuser ergänzt. Diese aus Schweden initiierten Gedenkinstallationen unterstreichen den hohen Stellenwert, den Gustav Adolf in der schwedischen Nationalgeschichte und -identität des 19. und 20. Jahrhunderts einnahm. Obwohl die Erinnerung vor Ort in Gestalt größerer Veranstaltungen im Verlauf des 20. Jahrhunderts und infolge der beiden Weltkriege tendenziell abnahm, verknüpfte die DDR ein Programm von Austausch- und Besuchergruppen aus und nach Schweden mit der Gedenkstätte. Gegenwärtig tritt das Gedächtnis an den Schwedenkönig und damit auch die nationale und konfessionelle Erinnerung zugunsten einer völkerverbindenden supranationalen Perspektive in den Hintergrund. So wird seit 2007 der »Gustav-Adolf-Tag« als »Tag der Begegnung« begangen. Die museale Darbietung erinnert weniger an die Protagonisten des Krieges, als vielmehr - einer »Militärgeschichte von unten« verpflichtet - an die einfachen Soldaten. In diese Richtung weisen auch die schlachtfeldarchäologischen Untersuchungen, die im Jahre 2011 ein Massengrab zutage förderten und deren Ergebnisse in naher Zukunft das Ausstellungsangebot bereichern werden.

Die zweite Sektion fragte nach den konkreten Kriegswahrnehmungen im städtischen und ländlichen Milieu und beschäftigte sich damit vorrangig mit zivilen Gesellschaftsschichten. Neben den sozialen, ökonomischen und demografischen Folgen der militärischen Auseinandersetzungen wurden auch die massiven psychischen Eindrücke auf die Bevölkerung angesprochen. Susanne Häcker (Tübingen) untersuchte die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges auf den Alltag von Angehörigen der reformierten kurpfälzischen Universität Heidelberg, der lutherischen württembergischen Universität Tübingen und der katholischen vorderösterreichischen Universität Freiburg. An allen drei Hochschulen schlugen sich die Kriegs- und Seuchenereignisse – in Heidelberg bereits in den 1620er-, in Tübingen und Freiburg dann vor allem in den 1630er-Jahren – in einer quantitativ deutlich abnehmenden Professorenschaft und in einer einbrechenden Immatrikulationsfrequenz nieder. Speziell adelige und auswärtige Studenten blieben nun fern. In dem Moment allerdings, in dem sich die Verhältnisse stabilisierten, stieg die Zahl der Einschreibungen wieder verhältnismäßig schnell an. Daneben brachte der Krieg die Universitäten durch Kontributionszahlungen und Einquartierungen in wirtschaftliche Nöte und zwang sie zu Kreditaufnahmen, weshalb die Hochschulen sich häufig längerfristig verschulden mussten. Im Falle von militärischen Besetzungen waren des Weiteren Universitätsangehörige nicht vor Übergriffen durch Militärs gefeit. Insbesondere evangelische Theologieprofessoren in Heidelberg oder Tübingen gerieten dabei mitunter ins Visier der kaiserlich-katholischen Soldaten.

Thorsten Busch (Tübingen) lenkte das Augenmerk auf den zentralen, aber bislang von der historischen Frühneuzeitforschung kaum beachteten Zusammenhang von Stadt, Krieg und Pest im 17. Jahrhundert. Am Beispiel der Pestepidemie, die 1629/30 das französische Aix-en-Provence heimsuchte, zeigte Busch die bislang wenig untersuchten konkreten Wechselwirkungen zwischen Krieg und Pest auf. Der Konnex zwischen Truppenbewegungen und dem Ausbruch von Seuchen ist der Forschung längst bekannt, aber die genauen Abfolgen und Kontexte sind weniger gründlich erforscht worden. In den meisten Fällen schwächten kriegsbedingte wirtschaftliche und soziale Belastungen in Gestalt von Einquartierungen, Kontributionen oder Requirierungen lokale Bevölkerungen so massiv, dass sich von Truppen eingeschleppte Seuchen verheerend auswirken konnten. Zur genaueren Erfassung dieser Synergieeffekte plädierte Busch für eine zukünftige Verzahnung von Militär- und Seuchengeschichte. Auch im Hinblick auf die Eindämmung und letztlich nachhaltig erfolgreiche Bekämpfung von Epidemien wie der Pest durch militärische Mittel in Gestalt von Sanitätscordons im 17. und 18. Jahrhundert eröffnet sich hier eine weitergehende Perspektive, die nach der Entstehung und Konstituierung von Staatlichkeit fragt.

Der Lange Türkenkrieg und der Dreißigjährige Krieg im Spiegel der Zipser Chroniken waren der Gegenstand von András Péter Szabó (Budapest, Ungarn). Zahlreiche deutschsprachig geprägte Städte in der oberungarischen Landschaft Zips entfalteten in der Frühen Neuzeit eine reichhaltige Chronistik. Ein Zentrum dieser Form städtischer Historiografie stellte die in der heutigen nördlichen Slowakei liegende freie königliche Stadt Leutschau (Levoča) dar. Diese und die übrige Zips blieben im Langen Türkenkrieg und im Dreißigjährigen Krieg von Zerstörungen weitgehend verschont. Dennoch wurden sie von diesen Konflikten tangiert, wie etwa durch den Bocskai-Aufstand von 1604 bis 1606 und die Eingriffe der reformierten Fürsten von Siebenbürgen in den Dreißigjährigen Krieg in den Jahren 1619 bis 1621, 1623, 1626 und 1644 bis 1645. Die evangelischen Leutschauer Chronisten bewerteten die Ereignisse allesamt nach denselben Mustern: Den bewaffneten Interventionen der Siebenbürger Fürsten Gábor Bethlen und György Rákóczi standen sie distanziert gegenüber und deklarierten die Aktionen bewusst pejorativ als Empörung, Aufruhr oder Rebellion gegen das Haus Habsburg. Allein Bocskai wird als Vorkämpfer für die protestantische Sache in einem günstigeren Licht gesehen, wohingegen Bethlen und Rákóczi wie auch ihre Soldaten mit den Türken verglichen und in den schwärzesten Farben gemalt werden.

Die dritte Sektion beschäftigte sich mit Religion und Konfession im kriegerischen Kontext. Sowohl der Lange Türkenkrieg, als auch der Dreißigjährige Krieg stellten Waffengänge dar, in denen machtpolitische und konfessionell-religiöse Kriegslegitimationen und -beweggründe eine mitunter enge Symbiose eingingen. Emese Tömösvári (Tübingen) wandte sich erneut dem ungarischen Schauplatz zu, genauer einer zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges an die ungarische Nation adressierten »anonymen« Schrift aus der Feder von Miklós Esterházy. Dabei handelt es sich um ein 1621 in Wien in ungarischer Sprache gedrucktes Dokument, das sich an die engsten Anhänger des Fürsten von Siebenbürgen, Gábor Bethlen, richtete. Der »Ratschlag eines seine Heimat liebenden aufrichtigen Ungarns über den jetzigen Zustand Ungarns«, wie der Titel in deutscher Übersetzung lautet, sprach ganz konkret die lutherischen und reformierten ungarischen Adeligen Imre Thurzó, György Rákóczi, Gáspár Illésházy und Pál Nádasdy an und sollte diese Magnaten zu einem Abfall von Gábor Bethlen motivieren. Der Fürst von Siebenbürgen hatte sich in Absprache mit der Hohen Pforte dem Böhmischen Aufstand gegen das Haus Habsburg angeschlossen. Der katholische Verfasser der Propagandaschrift, Miklós Esterházy, umwarb als habsburgischer Parteigänger mit seinem Appell unter Beschwörung der ungarischen »Nation« die Großen des Landes, sich auf die Seite Kaiser Ferdinands II. zu stellen.

Daran anschließend umriss Kristóf Szuromi (Budapest, Ungarn) das Türkenbild und die Rolle der Osmanen in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Während Frankreich und die protestantische Kriegspartei auf eine Intervention der Osma-

nen in den Konflikt hinarbeiteten, war der Kaiser auf diplomatischem Wege bestrebt, genau dies zu verhindern. Obwohl das Osmanische Reich, gebunden durch zeitgleiche Kriege gegen Polen und das safawidische Persien, letztendlich nicht in den Dreißigjährigen Krieg eingriff, blieb es vor allem für die kaiserliche Partei ein Angstgegner. Dementsprechend wurde das negative Bild vom Türken als dem »Erbfeind christlichen Namens« auch in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges von kaiserlicher Seite weiter bemüht und auf die protestantischen Kriegsgegner übertragen. Als Teil der antiprotestantischen Propaganda trat es bereits im Böhmischen Krieg auf.

Die sepulkrale Memoria des Dreißigjährigen Krieges in den oberschwäbischen Reichsstädten war das Thema von Dominik Gerd Sieber (Tübingen). Nachdem die innerstädtischen Bestattungsplätze auf Kirchhöfen, in Klöstern und Kirchen aus seuchenhygienischen Gründen unabhängig von der Konfession und meist in den Jahren und Jahrzehnten vor der Reformation in allen Reichsstädten der Region zugunsten außerstädtischer Friedhöfe aufgelassen worden waren, erfuhren diese intramuralen Nekropolen vor dem Hintergrund des Dreißigjährigen Krieges – ganz konkret in Belagerungssituationen – wieder eine vorübergehende Reaktivierung. Insbesondere die Kircheninnenräume wurden in fast allen oberschwäbischen Reichsstädten wieder für Begräbnisse genutzt. Bei den Bestatteten handelte es sich ausschließlich um auswärtige Militärs oder deren Angehörige, die sich als kriegsbedingte Besatzer in den jeweiligen Städten damit eine exklusive und standesgemäße Sepultur sicherten. Daneben konnten aber auch besonders verdiente Bürger ein regelrechtes »reichsstädtisches Staatsbegräbnis« im Kirchenraum erhalten, wie etwa Daniel und Valentin Heider in Lindau, die sich als Juristen um den Erhalt der Reichsfreiheit ihrer Heimatstadt und Letzterer zudem um die Aufnahme der auf die Reichsstädte bezogenen Paritätsbestimmungen in das Westfälische Friedensvertragswerk verdient gemacht hatte. Bis heute erinnern aufwändige Epitaphien an Vater und Sohn Heider im Chor der Lindauer Stadtpfarrkirche.

Marc Höchner (Bern) erweiterte anschließend die Perspektive auf die alte Eidgenossenschaft, die angesichts der Verwüstungen weiter Teile Mitteleuropas durch den Dreißigjährigen Krieg in Anlehnung an Grimmelshausens Simplicissimus geradezu als friedliche »Oase« oder als »fremder Planet« erschien. Dass es aber unter dieser vermeintlich ruhigen Oberfläche erhebliche innere Friktionen entlang der konfessionellen Bruchlinien gab und die Schweiz phasenweise Gefahr lief, trotz ihrer grundsätzlich »neutralen« Haltung in den Sog des großen Krieges zu geraten, machte Höchner anhand lokaler Krisenereignisse exemplarisch plausibel. Abgesehen von den sogenannten Bündner Wirren, in denen zwischen 1620 und 1639 Frankreich und Habsburg um die Kontrolle strategisch wichtiger Alpenpässe rangen, gelang es den Eidgenossen letztlich jedoch immer wieder, den inneren Frieden zu wahren und eine Intervention der benachbarten kriegführenden Mächte abzuwenden. Sowohl der sogenannte Matrimonial- und Kollaturstreit (1630–1632), als auch der Kluserhandel (1632–1633) und der Kesselringhandel (1633–1635) konnten auf diplomatischem Wege respektive nach kurzen Waffengängen beigelegt werden. Dabei gelang den Eidgenossen der Spagat zwischen konfessioneller Selbstbehauptung und der Gefahr, vor der Folie des Dreißigjährigen Krieges zum Schlachtfeld auswärtiger Mächte oder eines Bruderkrieges zu avancieren. Als indirekte Folgen des Dreißigjährigen Krieges sollten sich die konfessionellen und ökonomischen Spannungen in der Schweiz erst entladen, als in Münster und Osnabrück längst Frieden geschlossen worden war, nämlich im Bauernkrieg von 1653 und den beiden Villmerger Kriegen der Jahre 1656 und 1712.

Die abschließende Sektion war der Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg gewidmet. Neben der Frage nach den vielfältigen Bedeutungen, die dieser Waffengang bis heute hat, ging es vor allem darum, wie der Konflikt in den verschiedenen europäischen Ländern der Gegenwart memoriert wird und welche Rolle er für die nationale Identitätsbildung spielt. Miriam Régerat (Tübingen) nahm ein für das französische Nationalbewusstsein bedeutendes Ereignis in den Blick, nämlich die sogenannte Journée des Dupes, die den endgültigen Aufstieg Kardinal Richelieus und den Eintritt Frankreichs in den Dreißigjährigen Krieg durch die Kriegserklärung an Spanien im Jahre 1635 markierte. Aufgrund fehlender direkter Zeugnisse des Geschehens sind die genauen Vorgänge des 10. und 11. November 1630 nicht zweifelsfrei belegt. Dieser Umstand, aber auch die Tatsache, dass die Journée des Dupes letztendlich die französische Hegemonie über Europa im 17. Jahrhundert einleitete, führten schon früh zu einer Vereinnahmung durch die Nationalhistoriografie. Ausgehend von der ersten Biografie der Königinmutter Maria von Medici aus der Feder der der Aufklärung nahestehenden Marie de Thiroux d'Arconville von 1774 hob die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts primär auf die psychologischen Implikationen der Geschehnisse ab. Sie konzentrierte sich dabei vor allem auf die Protagonisten Richelieu und Maria, während König Ludwig XIII. nur eine Statistenrolle zugebilligt wurde. Insbesondere die Mediceerin, die für eine habsburgfreundliche Politik stand, wurde mit frauenund ausländerfeindlichen Prädikaten versehen, wohingegen Richelieu im Lichte männlicher Rationalität und national-französischer Staatsräson glänzen konnte. Diese Sichtweise wurde vor allem durch den Nationalhistoriker Jules Michelet geprägt und auch in republikanisch orientierten Geschichtswerken der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert rezipiert. Obwohl das 20. Jahrhundert die Ereignisse und Hauptpersonen um die Journée des Dupes wieder stärker auf eine sachliche Ebene zu heben bemüht war, zeigt die historiografiegeschichtliche Perspektive doch tiefergehende Mechanismen der französischen Nationalgeschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts auf, die das geschichtliche Bewusstsein in Frankreich bis heute prägen.

Die in ein Denkmal gegossene Erinnerung an den kaiserlich-ligistischen Feldherrn Johann 't Serclaes von Tilly im bayerischen Marienwallfahrtsort Altötting und die damit verbundenen Kontroversen thematisierte Nina Fehrlen-Weiss (Tübingen). Nachdem Tilly im Jahre 1632 in einer Seitenkapelle der Altöttinger Stiftspfarrkirche seinem letzten Willen gemäß sein Grab gefunden hatte, zog seine Gruft parallel zur Wallfahrtskapelle zunehmend ehrende Besuche an. Gleichsam als katholisches Gegenstück zur Gustav-Adolf-Memorialstätte in Lützen strengte dann seit dem Jahre 1903 die Marianische Männerkongregation Altötting die Aufstellung eines Tillv-Denkmals vor Ort an. Nach vergeblichen Anläufen in den Jahren 1916, 1932, 1978, 1993 und 1997 waren die Bemühungen in den Jahren 2003/2004 schließlich erfolgreich und führten 2005 zur Enthüllung eines Reiterstandbildes. Nachdem die Diskussionen um das Denkmal zunächst in erster Linie um dessen Standort gekreist waren, stand nach dem Zweiten Weltkrieg und speziell seit den 1960er Jahren vor allem die Person Tillys selbst in der Kritik der Gegner, die den Feldherren als wesentlichen Mitverantwortlichen für die Gräuel des Dreißigjährigen Krieges – insbesondere die Zerstörung Magdeburgs – als wenig erinnerungs- und verehrungswürdig ansehen. Demgegenüber erblicken die Befürworter in Tilly vor allem einen vorbildlichen Katholiken und einen bayerischen Nationalhelden. Auch gegenwärtig hält der Disput um das Altöttinger Tilly-Denkmal weiter an.

Frank Britsche (Leipzig) beschäftigte sich mit der Darstellung und didaktischen Aufbereitung des Dreißigjährigen Krieges in Schulgeschichtsbüchern der DDR und der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis in die Gegenwart. Dabei diskutierte er geschichtspolitisch motivierte Wandlungen, die Einfluss auf die inhaltliche und formale Gestaltung der deutsch-deutschen Lehrwerke nahmen und wies nach, dass sich außerdem die jeweiligen geschichtswissenschaftlichen Deutungen in den Schulbüchern beider deutscher Staaten darin widerspiegelten. In den 1970er Jahren vollzog sich in der Bundesrepublik ein Paradigmenwechsel zur historischen Sozialwissenschaft, was zur stärkeren Berücksichtigung von wirtschafts- und sozialhistorischen Aspekten im Geschichtsunterricht führte. Flankiert wurde dieser Prozess durch die Etablierung der Geschichtsdidaktik als Fachdisziplin. Auch in der DDR wurden ab den 1980er Jahren unter den Leitbegriffen »Tradition« und »Erbe« Veränderungen in der Geschichtsbetrachtung eingeleitet. Sie zielten unter anderem darauf ab, den Unterrichtsstoff stärker an die in der DDR gelegenen Kriegsschauplätze rückzubinden. Im Zeichen des Kalten Krieges wurde der Dreißigjährige Krieg in den Lehrwerken jeweils aus nationalstaatlicher Perspektive bewertet. Hieran schloss sich nach der Wiedervereinigung eine gesamteuropäische Sichtweise auf die Ereignisse der Jahre von 1618 bis 1648 an. Darüber hinaus werden heute vor allem die Westfälischen Friedensverträge in der schulischen Vermittlung besonders gewürdigt.

Abschließend präsentierte Markus Meumann (Erfurt) den Dreißigjährigen Krieg im Internet und kam zu der ernüchternden Feststellung, dass derzeit nur vergleichsweise wenige wissenschaftliche Angebote dazu im World Wide Web existieren. Dabei sind die raren Internetseiten, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und meist von Museen oder anlässlich von Ausstellungen betrieben werden, durchweg abgeschlossen bzw. statisch, sodass ein dynamisches und aktuelles Portal ein echtes Desiderat darstellt. Um diesem Umstand abzuhelfen, betreibt der Referent seit 2011 das Portal »Dreißigjähriger Krieg Online« (www. amg-fnz.de/dko), das Teil des Internetauftrittes des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit ist. Momentan basiert das Projekt auf drei Säulen, indem es Bibliografien, eine Prosopografie und Quellen zum Dreißigjährigen Krieg zugänglich macht. Ergänzt werden diese Bereiche durch eine Linksammlung, die weiterführende Recherchen zum Dreißigjährigen Krieg ermöglicht, und durch eine aktuelle Übersicht laufender Forschungsprojekte. Meumann warb unter den anwesenden Nachwuchswissenschaftlern für die aktive Mitarbeit an dem Portal, um dieses nicht nur aktuell zu halten, sondern mittel- und langfristig auch zu erweitern.